



INHALT

03 Lagebericht

04 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

05 Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

07 Finanzielle Leistungsindikatoren

09 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens

11 Halbjahresabschluss

12 Bilanz

13 Gewinn- und-Verlust-Rechnung

14 Anhang zum Jahresabschluss

26 Erklärung der gesetzlichen Vertreter

IMPRESSUM

Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesellschaft,
Radetzkystraße 15-17, 8010 Graz, Austria.
Telefon: 0043 316 8051 - 0, Fax: 0043 316 8051 - 5555
E-Mail: hypo@landes.hypobank.at.

Für den Inhalt verantwortlich:
Vorstand der Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesellschaft.

Design und Layout: Waltl & Waltl Werbeagentur GmbH, Graz.
Lagebericht und Jahresabschluss: im Haus mit FIRE.sys erstellt

Firmenbuchgericht: Landes- als Handelsgericht Graz,
Sitz: Graz; FN 136618 i, UID-Nr. ATU 42026204,
DVR 0013692, S.W.I.F.T. HYST AT 2G

GRAZ | BRUCK | DEUTSCHLANDSBERG | FELDBACH | FÜRSTENFELD
JUDENBURG | LEIBNITZ | LIEZEN | SCHLADMING
www.hypobank.at



Qualität, die zählt.

Sämtliche Angaben im Zusammenhang mit dem Bankwesengesetz (BWG) beziehen sich auf das Bankwesengesetz, BGBl. Nr. 532/1993, in der geltenden Fassung.

Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 2014

Der vorsichtige Optimismus, der Ende des letzten Jahres zu bemerken war, verflüchtigte sich im ersten Halbjahr 2014. Neue Themen, sowohl wirtschaftlicher als auch politischer Natur, sind hinzugekommen, und es zeichnete sich ab, dass die Erholungsphase nach der Krise atypisch verlaufen wird.

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahres zog die globale Wirtschaft mit 3,7 Prozent Wachstum deutlich an. Während die Schwellenländer (ohne China) nur moderat dazu beitragen konnten, stützte sich dieses Wachstum vor allem auf die Industrieländer, allen voran die USA. Angesichts der verbesserten Lage startete die amerikanische Notenbank die Reduktion ihrer Anleihekäufe und der Markt reagierte mit steigenden Zinsen.

Die Dynamik hat sich in den USA in Folge einer massiven Kältewelle zu Jahresbeginn verlangsamt. Nach einem Wachstum von 1,9 Prozent in 2013 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal, die Indikatoren wiesen dennoch auf eine Erholung der Konjunktur hin. Trotz positiver Signale vom Arbeitsmarkt blieb allerdings die Perspektive für die Binnennachfrage gedämpft, da der Schuldenabbau-Prozess weiter vorangetrieben wird. Angesichts der moderaten Nachfrage der privaten Haushalte hielten sich die Unternehmen bei neuen Investitionen zurück. Wenige Überraschungen kamen von der neuen Präsidentin der FED, Janet Yellen, die die Niedrigzinspolitik weiterführt. Die Wahrscheinlichkeit einer Zinserhöhung bleibt daher aufgrund der aktuellen konjunkturellen Lage bis ins zweite Halbjahr 2015 eher gering.

Die Situation der Schwellenländer, insbesondere in der Türkei und in Indien, blieb um den Jahreswechsel weiterhin durchwachsen. Im Fokus stand auch Chinas zurückgehende Dynamik mit einer jährlichen Wachstumsrate von nur 7,4 Prozent im ersten Quartal. Frühindikatoren weisen zwar auf eine Verbesserung hin, zeigen aber auch, dass sich das potenzielle Wachstum verringert. Die Regierung in China wird aus heutiger Sicht ihre geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur fortsetzen.

Im Allgemeinen sind Investoren in Bezug auf die länderspezifischen Situationen wachsender und selektiver geworden.

In der Eurozone zeigten die strukturellen Reformen in den Peripherieländern erste Erfolge und es stellte sich ein moderates Wirtschaftswachstum ein. Das Bruttoinlandsprodukt verzeichnete eine Erhöhung von 0,2 Prozent im ersten Quartal bzw. von 0,9 Prozent auf Jahressicht. Auf der politischen Ebene wurden weitere kleine Schritte in die richtige Richtung gemacht. Die EZB wurde durch ein größer werdendes Deflationsrisiko (kontinuierlicher Rückgang der Inflationsrate von 1,1 Prozent im September 2013 auf 0,6 Prozent im Mai 2014) gezwungen, stärkere Maßnahmen zu ergreifen. Zur Ankurbelung der Kreditvergabe, insbesondere in den Peripherieländern, senkte sie den Hauptrefinanzierungssatz um 0,1 Prozent auf 0,15 Prozent. Gleichzeitig brachte sie den Einlagesatz in den negativen Bereich auf -0,1 Prozent, mit der Konsequenz, dass Banken für Einlagen bei der EZB nun einen Strafzinssatz zahlen müssen. Weiters stellt die EZB langfristige, für neue Kreditvergaben zweckgebundene Liquidität zur Verfügung und arbeitet aktuell am Kauf von Asset Backed Securities (ABS). Für 2014 und 2015 erwartet die EZB ein moderates Wirtschaftswachstum von 1,0 Prozent bzw. 1,7 Prozent, das aber keinen bedeutenden Rückgang der Arbeitslosenquote im Euroraum erwarten lässt. Nach Einschätzung der Notenbank und der Märkte sollten die Zinsen für eine längere Zeit auf niedrigem Niveau verbleiben.

Die österreichische Volkswirtschaft expandierte im 1. Quartal 2014 gegenüber dem Vorquartal um 0,2%. Der Aufschwung hat sich somit zwar nicht beschleunigt, zumindest aber gefestigt. Das von der Nachfrageseite her breit getragene Wirtschaftswachstum erhält seit dem 3. Quartal 2013 wieder verstärkt Impulse aus dem Ausland. Großen Einfluss hatte zuletzt auch das Wetter; der außergewöhnlich warme und trockene Winter begünstigte die wirtschaftliche Aktivität in den Außenberufen. Die erhöhten geopolitischen Spannungen dämpften die Stimmung der heimischen Unternehmen und privaten Haushalte erst jüngst, wie die Vorlaufindikatoren zeigen. Die Inflationsrate (laut HVPI) war im April 2014 mit 1,6 % etwas höher als in den Vormonaten und deutlich höher als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Der Preisauftrieb wurde in Österreich im April neuerlich sehr stark von der Verteuerung in den Bereichen Bewirtungsdienstleistungen, Wohnung, Wasser und Energie bestimmt. Die Anspannung auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin groß – aufgrund der Unterauslastung der Kapazitäten und der raschen Ausweitung des Arbeitskräfte-

angebotes im Vorjahresvergleich war die Arbeitslosenquote auch im Mai hoch (saisonbedingt 8,5 %).

Die österreichischen Banken verzeichneten eine verhaltene Kreditaufnahme durch heimische Unternehmen, das Kreditwachstum im Jahresabstand blieb jedoch bis zuletzt positiv. Der Eigenkapitalanteil der Unternehmen stieg im Jahr 2013 leicht an und sorgte gemeinsam mit den aktuell niedrigen Zinsen dafür, dass sich die Schuldenragfähigkeit leicht erhöhte. Die Ausweitung der Kredite an private Haushalte blieb ebenfalls verhalten und wurde maßgeblich von Wohnraumfinanzierungen getragen. Diese erfolgen mittlerweile vornehmlich in Euro, da die Neuvergabe von Fremdwährungskrediten auch 2013 gering ausfiel. Allerdings bleibt der Bestand an Fremdwährungskrediten weiterhin ein Risiko, sowohl für die privaten Haushalte als auch für die österreichischen Banken. Die Profitabilität des österreichischen Bankensystems steht weiter unter Druck, davon zeugt die vergleichsweise hohe Aufwand-Ertrags-Relation im operativen Geschäft, die auch aus der anhaltend niedrigen Zinsmarge resultiert. Die Eigenmittelausstattung des österreichischen Bankensystems hat sich sowohl durch Kapitalerhöhungen als auch durch eine Reduktion der risikogewichteten Aktiva weiter verbessert. Im Jahr 2013 stieg die aggregierte Tier-1-Quote von 11,0 % auf 11,9 %.

In diesem anspruchsvollen Umfeld konnte die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG im ersten Halbjahr die budgetierten Erträge erwirtschaften. Dies in bestem Zusammenspiel mit einem aktiven Risikomanagement, welchem sowohl im Bestands- wie auch im Neugeschäft besonderes Augenmerk gewidmet ist. Insbesondere die strategischen Geschäftsfelder „Immobilienprojektfinanzierung“ und „Institutionelle“, welches auch die Wohnbaugenossenschaften in sich vereint, haben wesentlich zu einem guten Halbjahresergebnis beigetragen und die Fokussierung auf ausgewählte Zielmärkte bringt den gewünschten Erfolg. Die Aufwandseite steht schon seit vielen Jahren unter besonderer Beobachtung und die Ausgaben konnten unter den budgetierten Werten gehalten werden.

Eine rigorose Kostendisziplin wird auch weiterhin erforderlich sein, um einerseits die regulatorischen Anforderungen zu erfüllen, und andererseits die immer größer werdende Steuerbelastung in Österreich zu bewältigen – die letzte Novellierung des Stabilitätsabgabegesetzes bedeutet für die HYPO Steiermark eine Erhöhung der Stabilitätsabgabe von rund 50 % für das laufende Geschäftsjahr.

Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vergleichsangaben beziehen sich für Bilanzposten auf den 31.12.2013.

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme ist im ersten Halbjahr 2014 planmäßig um €204 Mio. oder 4,3 % auf €4.560 Mio. gesunken.

Aktiva / Vermögensstruktur

Forderungen an Kreditinstitute (und Kassenbestand)

Die Forderungen an Kreditinstitute (inkl. Kassenbestand) haben per 30.06.2014 um €33 Mio. oder 3,2 % auf €1.077 Mio. (31.12.2013: €1.044 Mio.) zugenommen. Diese Position beinhaltet neben nicht börsennotierten festverzinslichen Wertpapieren und Bankguthaben auch Ausleihungen an Kreditinstitute.

Forderungen an Kunden

Die von der Landes-Hypothekenbank Steiermark AG eingeschlagene Geschäftsstrategie, als primär auf Kunden und Vertrieb orientiertes Finanzdienstleistungsinstitut zu agieren, wurde im Geschäftsjahr 2014 konsequent weiterentwickelt und findet im Projekt „RLB/HYPO 2020“ ihren Niederschlag. Diesbezüglich wird die HYPO Steiermark im Konzern der Raiffeisen-Landesbank Steiermark in den Geschäftsfeldern Premium Banking (Ärzte und freie Berufe sowie Premium.Private Banking), gehobenes Privatkundengeschäft, institutionelles Geschäft sowie Immobilienprojektfinanzierungen tätig und für diese verantwortlich sein. Die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG weist nach Saldierung mit den Risikovorsorgen ein Gesamtausleihungsvolumen an Kunden von €2.743 Mio. aus. Aufgrund des rückläufigen Liquiditätsbedarfs im täglich fälligen Bereich hat sich diese Position zum Berichtsstichtag gegenüber dem Vorjahr um €133 Mio. oder 4,6 % verringert.

Bestand an Wertpapieren (Gesamtbetrachtung)

Der Bestand der im Eigenbesitz befindlichen Wertpapiere – ausgewiesen in den Aktivposten 2. „Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind“, 5. „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ und 6. „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ – ist im ersten Halbjahr 2014 aufgrund planmäßiger Tilgungen um €91 Mio. oder 12,8 % auf €620 Mio. zurückgegangen (31.12.2013: €710 Mio.).

Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Der buchmäßige Stand der gesamten Anteilsrechte, der sich in zwei Bilanzpositionen gliedert, ist gegenüber dem 31.12.2013 mit €54 Mio. unverändert geblieben.

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sowie Sachanlagen

In Summe wird diese Position zum Berichtsstichtag ebenfalls nahezu unverändert mit einem Betrag von €6 Mio. ausgewiesen.

Sonstige Aktiva

Die in den sonstigen Aktiva dargestellten sonstigen Vermögensgegenstände sowie aktive Rechnungsabgrenzungsposten betragen zum 30.06.2014 €61 Mio. (31.12.2013: €74 Mio.).

Passiva / Kapitalstruktur

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich stichtagsbedingt im Vergleich zum 31.12.2013 von €609 Mio. um €57 Mio. oder 9,4% auf €667 Mio. Der Vorjahreswert wurde um €20 Mio. wegen der Umgliederung nachrangiger Einlagen erhöht.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nahmen im Berichtsjahr von €1.719 Mio. um €107 Mio. oder 6,2% auf €1.613 Mio. ab. In dieser Position werden neben Spareinlagen und gebundenen Geldern auch Sichteinlagen von Kunden ausgewiesen.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Der Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten beträgt zum 30.06.2014 €2.005 Mio. nach €2.191 Mio. (31.12.2013). Der Vorjahreswert wurde wegen der Umgliederung nachrangiger Anleihen um €99 Mio. erhöht. Der Rückgang gegenüber dem Jahresultimo 2013 resultiert aus dem Saldo von Neu-Emissionen (€40 Mio.) und Abnahmen aufgrund von planmäßigen Tilgungen (€67 Mio.), Kündigungen (€89 Mio.) und Umlaufverminderungen (€70 Mio.).

Sonstige Passiva

Die in den sonstigen Passiva dargestellten sonstigen Verbindlichkeiten, passiven Rechnungsabgrenzungsposten und Rückstellungen werden zum Berichtsstichtag mit €117 Mio. ausgewiesen (31.12.2013: €88 Mio.).

Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital sowie Kapitalrücklagen

Unter dem gezeichneten Kapital ist das Grundkapital der Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesellschaft ausgewiesen, dieses beträgt zum Berichtsstichtag unverändert €40 Mio.

Die gebundenen Kapitalrücklagen betragen per 30.06.2014 €53 Mio. und haben sich gegenüber dem Vorjahreswert ebenso nicht geändert.

Gewinnrücklagen, Hafrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG sowie unversteuerte Rücklagen

Die Gewinnrücklagen betreffen im Wesentlichen die freien Rücklagen in Höhe von €12 Mio. Darüber hinaus ist hier die gesetzliche Rücklage in Höhe von €2 Mio. eingestellt. Zusammen ergibt sich daher ein Stand von €14 Mio.

Die Hafrücklage gemäß § 23 Abs. 6 BWG wurde entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen gebildet und verzeichnet nach wie vor einen Stand von €50 Mio.

Die unversteuerten Rücklagen sind mit T€347 ausgewiesen und beinhalten nur noch die Bewertungsreserve aufgrund von Sonderabschreibungen.

Der Jahresüberschuss vor Rücklagenbewegung (=Bilanzgewinn) für das erste Halbjahr 2014 beträgt T€1.629.

Gewinn-und-Verlust-Rechnung / Ertragslage

Vergleichsangaben beziehen sich für Posten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung auf die Periode vom 01.01.2013 bis 30.06.2013.

Nettozinsertrag

Der Nettozinsertrag (€27 Mio.) als Saldo aus den Zinserträgen und den Zinsaufwendungen liegt um €1 Mio. unter dem Vergleichswert des Vorjahres von €28 Mio. Seit 1.1.2014 werden die Zinsaufwendungen und -erträge aus Sicherungsgeschäften saldiert in der GuV-Position 1 „Zinsen und ähnliche Erträge“ ausgewiesen (davor wurden diese in der jeweiligen Ausweisposition des Grundgeschäfts gezeigt). Die Vergleichszahlen des Vorjahres wurden daher für die GuV-Position 1 „Zinsen und ähnliche Erträge“ von €44 Mio. auf €87 Mio. und für die GuV-Position 2 „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ von €-16 Mio. auf €-59 Mio. angepasst.

Weitere Betriebserträge

An dieser Stelle werden die nicht zinsabhängigen Betriebserträge erläutert.

Das Provisionsergebnis als Saldo aus Provisionserträgen und Provisionsaufwendungen wird per 30.06.2014 mit €5 Mio. auf dem Niveau der Vorperiode ausgewiesen.

Die Position „Ergebnis aus Finanzgeschäften“ ist gegenüber der Vergleichsperiode um T€ 57 gesunken und trägt mit T€ 200 zum Gesamtergebnis bei.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erreichten €6 Mio. und liegen damit über dem Vergleichswert des ersten Halbjahres 2013 (€ 4,5 Mio.). Neben den Kostenersätzen von Unternehmen im Nichtbankenbereich sind hier Erträge aus Leistungsverrechnungen im Konzern ausgewiesen.

Betriebserträge in Summe

Aus dem Nettozinsenertrag und den weiteren Betriebserträgen errechnen sich die Betriebserträge in Summe mit einem Betrag von €38 Mio., was gegenüber den ersten beiden Quartalen des Vorjahres einer Verbesserung von 1,1% entspricht.

Betriebsaufwendungen

Insgesamt lagen die mit einem Betrag von €27 Mio. ausgewiesenen Betriebsaufwendungen im abgelaufenen Halbjahr 2014 leicht unter dem Niveau der ersten sechs Monate des Vorjahres.

Betriebsergebnis

Das Betriebsergebnis errechnet sich durch Saldierung der Betriebserträge mit den Betriebsaufwendungen und liegt mit einem Betrag von €11 Mio. per 30.06.2014 um nahezu € 1 Mio. über dem ersten Halbjahr 2013.

GuV-Position 11/12 – Saldo aus Zuweisungen und Auflösungen von Wertberichtigungen auf Forderungen und Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten

Der Aufwandssaldo aus Risikovorsorgen aus dem Kreditgeschäft sowie aus der Veräußerung und der Bewertung und Wertpapieren des Umlaufvermögens beläuft sich auf €5 Mio. (30.06.2013: €7 Mio.). Im Dotierungsaufwand der Risikovorsorge für Kunden ist die Zuführung zu einer pauschalen Wertberichtigung gemäß § 57 Abs. 1 BWG in Höhe von € 3,5 Mio. enthalten.

GuV-Position 13/14 – Saldo aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere des Finanzanlagevermögens sowie Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Der Aufwandssaldo aus der Veräußerung und der Bewertung von Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie von Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen beträgt €2,4 Mio. gegenüber €0 Mio. im ersten Halbjahr 2013 und ist auf die außerplanmäßige Abschreibung einer Beteiligung zurückzuführen.

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)

Das EGT erhöhte sich im ersten Halbjahr 2014 somit um €0,1 Mio. oder 2,7 % auf €3,8 Mio.

Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie sonstige Steuern

Steuern vom Einkommen und Ertrag beinhalten die Umlagenverrechnung aus der Steuergruppe. Die sonstigen Steuern betreffen vor allem die Stabilitätsabgabe von Instituten des Finanzmarkts, welche mit dem Abgabenänderungsgesetz 2014 (BGBl I Nr. 13/2014) nochmals spürbar erhöht wurde. Im ersten Halbjahr 2014 war für die Bankenabgabe ein Betrag von rund € 2 Mio. aufzuwenden, was einer Steigerung von nahezu 50 % gegenüber der Vergleichsperiode entspricht.

Jahresüberschuss vor Rücklagenbewegung

Der ausgewiesene Jahresüberschuss vor Rücklagenbewegung beträgt €1,6 Mio. und liegt somit unter dem Vergleichswert der Vorperiode von €2,4 Mio.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Eigenmittelausstattung

Seit 1. Jänner 2014 werden das regulatorische Kapital sowie das regulatorische Eigenmittelerfordernis gemäß Basel III ermittelt. Zum Vergleichsstichtag 31.12.2013 waren noch die Bestimmungen nach Basel II anzuwenden.

Die anrechenbaren Eigenmittel betragen €179 Mio. gegenüber €197 Mio. per 31.12.2013. Die Eigenmittelquote liegt aktuell bei 10,1 % nach 11,5 % am Jahresresulto 2013.

Das anrechenbare Kernkapital beläuft sich zum 30.06.2014 auf €136 Mio. Die darauf bezogene Kernkapitalquote beträgt 7,6 % und liegt damit unter dem Wert zum 31.12.2013 (8,5 %).

Die ergänzenden Eigenmittel wurden zum Berichtsstichtag mit €44 Mio. gegenüber €52 Mio. im Jahr 2013 um €8 Mio. niedriger ermittelt.

Seit 1.1.2014 wendet die Bank zur Berechnung der erforderlichen Eigenmittel den Kreditrisiko-Standardansatz gemäß Teil III der EU Verordnung Nr. 575/2013 („CRR“) an. Das Eigenmittelerfordernis für das operationelle Risiko wird

mit dem Basisindikatoransatz berechnet. Das Gesamteigenmittelerfordernis ist von €137 Mio. auf €142 Mio. gestiegen.

Eine detaillierte Aufstellung ist im Anhang zum Halbjahresabschluss enthalten.

Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Das erste Halbjahr 2014 war stark von geopolitischen Krisen, beginnend in der Ukraine bis hin zu aufkommenden Turbulenzen im Irak, geprägt. Aus österreichischer Sicht nimmt der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine eine besondere Rolle ein, da der heimische Bankensektor ein vergleichsweise hohes Engagement in Osteuropa aufweist. Die ökonomischen Auswirkungen daraus beschränken sich derzeit primär auf das regionale Umfeld und es sind aus heutiger Sicht auch mittel- bis langfristig keine allzu heftigen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft zu erwarten.

Die Österreichische Nationalbank geht in ihrer jüngsten Prognose von einem Wachstum der österreichischen Wirtschaft im Jahr 2014 von 1,6 % aus. In diesem Jahr wird der Aufschwung noch überwiegend von den Exporten getragen, die von der graduellen Erholung im Euroraum, aber auch vom moderaten Erholungskurs der Weltwirtschaft profitieren.

Die HYPO Steiermark wird auch im zweiten Halbjahr ihre Rolle als verlässlicher Partner für Kunden der strategischen Geschäftsfelder des Hauses wahrnehmen und den Ausbau der Marktposition weiter vorantreiben. Wir sind zuversichtlich, mit unserem Know-how auch neue Kunden von der Qualität der HYPO Steiermark überzeugen zu können. Ob der schon beschriebenen gesamtwirtschaftlichen Situation wird ein weiterer Schwerpunkt unserer Tätigkeit in einem aktiven Risikomanagement liegen.

Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

Ein aktives Risikomanagement wird vom Vorstand der Landes-Hypothekbank Steiermark AG mit höchster Priorität wahrgenommen. Um Risiken effektiv erkennen, einstufen und steuern zu können, verfügt die Bank, integriert und stark eingebunden in den Konzern der Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG, über ein umfassendes Risikomanagement und -controlling.

Im Konzern sind die erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen getroffen, um den Anforderungen eines modernen Risikomanagements zu entsprechen. Es gibt eine klare

Trennung zwischen Markt und Risikobeurteilung, -messung und -kontrolle. Die Marktfolgebefugnisse werden aus Gründen der Sicherheit und Vermeidung von Interessenkonflikten von unterschiedlichen Organisationseinheiten wahrgenommen.

Im Einklang mit § 39 BWG umfasst das Risikomanagementsystem alle wesentlichen bankgeschäftlichen und bankbetrieblichen Risiken. Die Steuerung der Risiken ist in angemessener Weise in ein übergreifendes Verfahren der Gesamtbanksteuerung eingegliedert, in dem die unterschiedlichen Risikoarten (Kredit-, Beteiligungs-, Marktpreis-, Liquiditäts-, operationelle Risiken etc.) berücksichtigt werden. Die Maßnahmen zur Begrenzung der Risiken werden unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit im Konzern strukturiert und in angemessenen Abständen überprüft.

Wichtigstes Ziel für den Einsatz sämtlicher Risikomessmethoden und -instrumente ist die Verlustvermeidung durch Früherkennung von Risiken. Dabei wird besonders berücksichtigt, dass die Systeme in erster Linie eine Unterstützung für die handelnden Personen darstellen. Neben der Qualität der Methoden wird daher größter Wert auf die Ausbildung, Qualifikation und Erfahrung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelegt.

Im Kreditrisiko sollte sich nach den turbulenten vergangenen Jahren – vor dem Hintergrund des prognostizierten, moderaten Wirtschaftswachstums – auch eine leichte Entspannung einstellen. Der Vorstand geht daher davon aus, dass die Risikovorsorgen das budgetierte Ausmaß nicht übersteigen. Darüber hinaus werden die in den Vorperioden initiierten Portfolioverbesserungsmaßnahmen unter strengen Ertrags-Risiko-Überlegungen fortgesetzt.

Das Risiko im Bereich der Fremdwährungs- und Tilgungsträgerfinanzierungen konnte im laufenden Geschäftsjahr weiter reduziert werden.

Die Steuerung des Marktpreis- und Liquiditätsrisikos erfolgt konzernweit innerhalb der vorgegebenen Limits, wobei volatilitätsbedingten Schwankungen laufend gegengesteuert wird. Das operationale Risiko zeigt keine Auffälligkeiten.

Per 01.01.2014 sind die Eigenmittelerfordernisse bzw. die Anrechnungsbeschränkungen für Kernkapital und Tier-2-Kapital gemäß Basel III in Kraft getreten und es wurden dadurch sowie durch die europäische Umsetzung in der CRR (Capital Requirements Regulation) die geforderten Prozentsätze deutlich zugunsten des harten Kernkapitals

verschoben. Trotz dieser strengen Anforderungen an die Qualität der verschiedenen Eigenmittelkategorien konnten die Auswirkungen durch eine konsequente Kreditrisikosteuerung und eine aktive Markt- und Portfoliobearbeitung gut abgedeckt werden. Das anrechenbare Kernkapital beläuft sich nach der neuen Berechnungsmethode auf

7,62 %, die Eigenmittelquote auf 10,08 %. Der Vollständigkeit halber muss an dieser Stelle betont werden, dass eine Vergleichbarkeit mit den %-Sätzen des Vorjahres aufgrund der geänderten Berechnungsvorschriften nur mehr bedingt gegeben ist.

Bilanz zum 30. Juni 2014

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

	30.06.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung	
			in T€	in %
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postgiroämtern	28.008	21.639	6.369	29,44
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind	58.118	69.381	-11.263	-16,23
3. Forderungen an Kreditinstitute	1.049.339	1.022.400	26.939	2,63
4. Forderungen an Kunden	2.742.558	2.875.877	-133.319	-4,64
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	560.708	640.283	-79.575	-12,43
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	875	733	142	19,43
7. Beteiligungen	3.366	3.366	0	0,00
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	50.188	50.188	0	0,00
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	38	38	0	0,00
10. Sachanlagen	5.634	5.918	-284	-4,80
11. Eigene Aktien oder Anteile sowie Anteile an einer herrschenden oder einer mit Mehrheit beteiligten Gesellschaft	0	0	0	-
12. Sonstige Vermögensgegenstände	51.941	64.932	-12.991	-20,01
13. Gezeichnetes Kapital, das eingefordert, aber noch nicht eingezahlt ist	0	0	0	-
14. Rechnungsabgrenzungsposten	9.283	9.298	-15	-0,16
SUMME DER AKTIVA	4.560.056	4.764.053	-203.997	-4,28
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ¹⁾	666.662	609.329	57.333	9,41
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.612.708	1.719.226	-106.518	-6,20
3. Verbriefte Verbindlichkeiten ¹⁾	2.005.442	2.191.188	-185.746	-8,48
4. Sonstige Verbindlichkeiten	60.019	34.159	25.860	75,71
5. Rechnungsabgrenzungsposten	19.810	20.829	-1.019	-4,89
6. Rückstellungen	37.223	32.633	4.590	14,07
6a. Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	0	0	-
7. Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	0	0	0	-
8. Zusätzliches Kernkapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 3 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	0	0	0	-
8a. Pflichtwandelschuldverschreibungen gemäß § 26 BWG	0	0	0	-
8b. Instrumente ohne Stimmrecht gemäß § 26a BWG	0	0	0	-
9. Gezeichnetes Kapital	39.985	39.985	0	0,00
10. Kapitalrücklagen	52.928	52.928	0	0,00
11. Gewinnrücklagen	13.763	13.763	0	0,00
12. Haftrücklage gemäß § 57 Abs. 5 BWG	49.541	49.541	0	0,00
13. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.629	125	1.503	>100%
14. Unversteuerte Rücklagen	347	347	0	0,00
SUMME DER PASSIVA	4.560.056	4.764.053	-203.997	-4,28

¹⁾ Die im Vorjahr in den Passivposten 7 „Nachrangige Verbindlichkeiten“ und 8 „Ergänzungskapital“ ausgewiesenen Einlagen und Anleihen erfüllen nicht die Voraussetzungen zur Anrechnung als Tier-2-Kapital nach den Basel-III-Bestimmungen und wurden daher mit einem Volumen von T€ 20.000 in den Passivposten 1 „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ und mit einem Volumen von T€ 99.244 in den Passivposten 3 „Verbrieftete Verbindlichkeiten“ umgliedert.

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

1.1. bis 30.06.2014

	30.06.2014 T€	30.06.2013 T€	Veränderung in T€ in %	
1. Zinsen und ähnliche Erträge ²⁾	80.516	86.587	-6.071	-7,01
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen ²⁾	-53.749	-58.973	5.224	-8,86
I. NETTOZINSERTRAG	26.767	27.614	-847	-3,07
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	1.093	821	272	33,13
4. Provisionserträge	6.168	5.958	210	3,52
5. Provisionsaufwendungen	-1.331	-1.119	-212	18,95
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	200	257	-57	-22,18
7. Sonstige betriebliche Erträge	5.517	4.472	1.045	23,36
II. BETRIEBSERTRÄGE	38.414	38.003	411	1,08
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-26.909	-27.300	391	-1,43
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände	-323	-373	50	-13,40
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-50	-50	0	0,00
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN	-27.282	-27.723	441	-1,59
IV. BETRIEBSERGEBNIS	11.132	10.280	852	8,28
11./12. Saldo aus Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rück- stellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken sowie Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und Rückstellungen für Eventualverbind- lichkeiten und für Kreditrisiken	-4.940	-6.579	1.639	-24,91
13./14. Saldo aus Wertberichtigungen auf Wert- papiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen und Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	-2.391	0	-2.391	100%
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	3.801	3.701	100	2,69
15. Außerordentliche Erträge	0	0	0	-
16. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-
17. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
18. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-190	0	-190	100%
19. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 18 auszuweisen	-1.982	-1.328	-654	49,25
VI. JAHRESÜBERSCHUSS/JAHRESFEHLBETRAG VOR RÜCKLAGENBEWEGUNG	1.629	2.373	-744	-31,35

²⁾ Seit dem 1.1.2014 werden die Zinserträge und -aufwendungen aus Sicherungsgeschäften saldiert in der GuV-Position 1 „Zinsen und ähnliche Erträge“ ausgewiesen – bisher wurden diese in der jeweiligen Ausweisposition des Grundgeschäfts gezeigt. Die Vergleichszahlen des Vorjahres wurden daher für die GuV-Position 1 „Zinsen und ähnliche Erträge“ von T€ 43.829 auf T€ 86.587 und für die GuV-Position 2 „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ von T€ -16.215 auf T€ -58.973 angepasst.

Anhang zum Halbjahresabschluss per 30.06.2014

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

BWG	Bankwesengesetz, BGBl 532/1993, i. d. g. F.
BörseG	Börsegesetz 1989, BGBl 555/1989, i. d. g. F.
CRR	Capital Requirement Regulation
IAS	International Accounting Standards
IFRS	International Financial Reporting Standards
PfBrStG	Bundesgesetz über die Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken
UGB	Unternehmensgesetzbuch

Sämtliche Angaben im Zusammenhang mit dem Bankwesengesetz (BWG) beziehen sich auf das Bankwesengesetz, BGBl. Nr. 532/1993, in der geltenden Fassung.

Die dem Halbjahr 2014 bzw. dem Berichtsstichtag 30.06.2014 gegenübergestellten Vorjahreszahlen sind in Klammer gesetzt.

Im Anhang wurden das aktuelle Zahlenmaterial und die Vorjahreswerte gerundet in Tausend EURO (T€) ausgewiesen. In der Summenbildung sind daher Rundungsdifferenzen nicht auszuschließen.

Der Halbjahresabschluss der Landes-Hypothekenbank Steiermark AG wurde nach den Vorschriften des BWG und – soweit anwendbar – nach den Vorschriften des UGB aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfolgte grundsätzlich entsprechend den in der Anlage 2 zu § 43 BWG enthaltenen Formblättern. Es wurde jedoch § 87 Abs. 2 BörseG in Anspruch genommen und eine verkürzte Bilanz sowie eine verkürzte Gewinn-und-Verlust-Rechnung erstellt.

A. Allgemeine Grundsätze

Der Halbjahresabschluss der Landes-Hypothekenbank Steiermark AG wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln, aufgestellt. Bei der Erstellung des Halbjahresabschlusses wurde der Grundsatz der Bilanzkontinuität eingehalten. Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt. Dem Grundsatz der Vorsicht wurde unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes insofern Rechnung getragen, als nur die am Berichtsstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen und alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste bilanzmäßig erfasst worden sind.

B. Angaben zu den in der Bilanz und der Gewinn-und-Verlust-Rechnung angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Währungsumrechnung

Die Fremdwährungsbeträge werden gemäß § 58 Abs. 1 BWG zu Mittelkursen (Referenzkurse der Europäischen Zentralbank) umgerechnet. Devisentermingeschäfte werden mit dem Terminkurs zum Berichtsstichtag bewertet.

2. Wertpapiere

2.1. Wertpapiere des Anlagevermögens

Die dauernd dem Geschäftsbetrieb gewidmeten Wertpapiere (Investmentbestand) werden wie Anlagevermögen bewertet. Wertpapiere des Anlagevermögens wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Das Wahlrecht, bei voraussichtlich nicht dauerhafter Wertminderung auf den niedrigeren Wert abzuschreiben, wurde nicht ausgeübt. Entsprechend den allgemeinen Regelungen des § 204 Abs. 2 UGB werden daher Abschreibungen nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung durchgeführt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag wird zeitanteilig über die Restlaufzeit abgeschrieben bzw. vereinnahmt.

2.2. Wertpapiere des Umlaufvermögens

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens werden prinzipiell nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei Wertpapieren, die aus eigenen Emissionen stammen, wird der Marktpreis oder ein niedrigerer Rückkaufkurs angesetzt.

2.3. Wertpapiere des Handelsbuchs

Die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Bank wurden in der Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG gebündelt. Die Bank hält keine Finanzinstrumente mit Handelsabsicht und führt kein Handelsbuch.

3. Derivative Finanzinstrumente

Derivate auf Zinssatzverträge (Zinsswaps, Zinsoptionen und Zinstermingeschäfte) werden nach der „accrued-interest“-Methode bilanziert.

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes werden bei börsennotierten Produkten die Börsenkurse herangezogen. Sind solche Kurse nicht vorhanden, werden bei originären Finanzinstrumenten und Termingeschäften interne Preise auf Basis von Barwertberechnungen und bei Optionen anhand von geeigneten Optionspreismodellen ermittelt. Der Barwertberechnung wird die zero-coupon-curve zugrunde gelegt. Als Optionsformeln wurden in der Berichtsperiode jene nach Garman-Kohlhagen verwendet.

Bei der Modellbewertung von Derivaten muss auch das Kontrahentenrisiko anhand finanzwirtschaftlicher Methoden berücksichtigt werden, sofern es für die Bewertung wesentlich ist. Dieses wird als Credit Value Adjustment (bei Überwiegen des Ausfallsrisikos der Gegenpartei) oder Debit Value Adjustment (bei Überwiegen des eigenen Ausfallsrisikos) bezeichnet. Da das eigene Kreditrisiko bei der Ermittlung des Credit und Debit Value Adjustment mit besonderer Vorsicht zu berücksichtigen ist, wurde bei den Derivaten des Bankbuchs ein Debit Value Adjustment generell nicht berücksichtigt.

4. Risikovorsorge

Bei der Bewertung des Kreditportefeuilles wird vom Grundsatz der Vorsicht ausgegangen, wobei für alle erkennbaren Risiken bei Kreditnehmern Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen gebildet werden.

5. Beteiligungen

Die Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bewertet, sofern nicht dauernde Wertminderungen (anhaltende Verluste, verringertes Eigenkapital) eine Abwertung auf das anteilige Eigenkapital, auf den Ertragswert oder auf den Börsenwert erforderlich machen.

6. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sowie der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der planmäßigen linearen Abschreibung. Die geringwertigen Vermögensgegenstände werden sofort abgeschrieben. Als Abschreibungssätze kommen bei Gebäuden 2 % bis 3,33 % und bei beweglichen Anlagen 5 % bis 33,33 % zum Ansatz.

7. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden prinzipiell mit dem Nennwert bzw. dem höheren Rückzahlungsbetrag angesetzt.

8. Rückstellungen

Sämtliche Sozialkapitalrückstellungen (Rückstellungen für Pensionen, Abfertigungsverpflichtungen und Jubiläumsgelder) werden gemäß IAS 19 – Employee Benefits – nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren („Projected Unit Credit Method“) ermittelt. Entsprechend den derzeit geltenden Bestimmungen wurde das Pensionsantrittsalter bei Frauen und Männern mit 62 Jahren (62 Jahre) unter Beachtung der Übergangsbestimmungen laut Budgetbegleitgesetz 2011 (BGBl. Nr. 111/2010 vom 30.12.2010) und des „BVG Altersgrenzen“ (BGBl. 832/1992; Bundesverfassungsgesetz über unterschiedliche Altersgrenzen von männlichen und weiblichen Sozialversicherten) angesetzt.

Übrige Rückstellungen sind unter Beachtung des Vorsichtsprinzips für alle zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken, der Höhe und dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit den Beträgen zu berücksichtigen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich sind.

C. Erläuterungen zu Bilanzpositionen

Die zum Wertpapierbestand angegebenen Beträge enthalten keine anteiligen Zinsen.

1. Zum Börsenhandel zugelassene Wertpapiere gemäß § 64 Abs. 1 Z. 10 BWG (nach börsennotiert und nicht börsennotiert)

in T€	30.06.2014	31.12.2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	557.395	635.532
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	304	247

2. Zum Börsenhandel zugelassene Wertpapiere – Art der Bewertung gemäß § 64 Abs. 1 Z. 11 BWG

Die Zuordnung zum Anlage- oder Umlaufvermögen richtet sich im jeweiligen Einzelfall nach der Entscheidung der zuständigen Gremien. Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden im Anlagevermögen ausgewiesen. Wertpapiere, die nicht zu den Finanzanlagen zählen, werden dem Umlaufvermögen zugeordnet.

in T€		30.06.2014	31.12.2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	AV	199.089	258.307
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	UV	358.306	377.225
	UV	304	247

AV = bewertet wie Anlagevermögen

UV = bewertet wie Umlaufvermögen

3. Unterschiedsbetrag gemäß § 56 Abs. 2 und 3 BWG bei festverzinslichen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens

Den Finanzanlagen sind zum 30.06.2014 festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von Nominale T€ 370.886 (443.535) gewidmet, wobei im Berichtsjahr Nominale 0 (0) Mio. Euro aus dem Umlaufvermögen in das Anlagevermögen umgewidmet wurden. Der Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und Buchwert beträgt zum Berichtsstichtag für Wertpapiere, die zeitanteilig abgeschrieben werden, T€ 1.149 (1.297), für Wertpapiere, die zeitanteilig zugeschrieben werden, T€ 544 (1.939), somit per saldo für den gesamten Bestand T€ -605 (642).

4. Unterschiedsbetrag gemäß § 56 Abs. 4 BWG der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere des Umlaufvermögens

in T€	30.06.2014	31.12.2013
Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem höheren Marktwert	16	460

5. Außerplanmäßige Abschreibungen von Finanzinstrumenten gemäß § 204 Abs. 2 UGB

Im ersten Halbjahr 2014 gab es keine Finanzinstrumente des Finanzanlagevermögens, bei denen der beizulegende Zeitwert niedriger als der Buchwert ist:

in T€	30.06.2014		31.12.2013	
	Buchwert	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert
Schuldtitle öffentlicher Stellen (Akt. 2)	0	0	0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Akt. 5)	0	0	36.841	36.341

Außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 204 Abs. 2 UGB zweiter Satz beziehungsweise Zuschreibungen wurden im ersten Halbjahr 2014 – wie 2013 – nicht durchgeführt.

6. Aufgliederung der in den Aktivposten 2 bis 5 enthaltenen verbrieften und unbrieften Forderungen gemäß § 45 BWG an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (§ 45 Abs. 1 Z. 2 BWG), und an verbundenen Unternehmen (§ 45 Abs. 1 Z. 1 BWG)

in T€	30.06.2014	31.12.2013
Verbundene Unternehmen		
Forderungen an Kreditinstitute	978.689	932.002
Forderungen an Kunden	199.846	208.549
(hievon nachrangig)	5.251	5.325
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	356.000	356.000

in T€	30.06.2014	31.12.2013
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
Forderungen an Kreditinstitute	4.230	4.981
Forderungen an Kunden	176.057	175.576
(hievon nachrangig)	0	0

7. In den Passivposten 1, 2, 3 und 7 enthaltene verbrieft und unverbrieft Verbindlichkeiten an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (§ 45 Abs. 1 Z. 4 BWG), und an verbundenen Unternehmen (§ 45 Abs. 1 Z. 3 BWG)

in T€	30.06.2014	31.12.2013
Verbundene Unternehmen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	233.501	190.160
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.385	4.275
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	10.000

in T€	30.06.2014	31.12.2013
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	159.804	344.114
Verbrieft Verbindlichkeiten	0	451

8. Wesentliche sonstige Vermögensgegenstände gemäß § 64 Abs. 1 Z. 12 BWG und § 225 Abs. 3 UGB

in T€	30.06.2014	31.12.2013
Zinserträge (erst nach Abschlussstichtag zahlungswirksam)	42.669	57.591
Bewertung von derivativen Finanzgeschäften	0	0
Forderungen aus Kautionen	782	1.074
Forderungen gegenüber Wohnungseigentümern	171	184
Forderungen Finanzamt	247	199

9. Eigenkapital

Gemäß §4 der Satzung der Landes-Hypothekenbank Steiermark AG beträgt das Grundkapital der Gesellschaft €39.984.992,73 und ist in 5.499.999 (5.499.999) Namensaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) eingeteilt. Die Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG besitzt eine Nominale von € 29.988.728,19, das sind 74,99996 % des Grundkapitals. Die restlichen 25,00004 % sind im Besitz des Landes Steiermark.

Nach Inkrafttreten der Anrechnungsbeschränkungen für Kernkapital und Tier-2-Kapital gemäß Basel III in Verbindung mit der europäischen Umsetzung in der CRR (Capital Requirement Regulation) werden die in der Vorperiode als Ergänzungskapital bzw. nachrangiges Kapital ausgewiesenen Verbindlichkeiten in den Bilanzposten Passiva 1 „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ und Passiva 2 „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ zugeordnet.

Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne anteilige Zinsen)

in T€	30.06.2014
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Pass. 1)	20.000
Verbriefte Verbindlichkeiten (Pass. 3)	96.035

in T€	31.12.2013
Nachrangige Verbindlichkeiten (Pass. 7)	76.046
Ergänzungskapital (Pass. 8)	43.199

10. Aufsichtsrechtliche Eigenmittel gemäß CRR

Seit 1. Jänner 2014 werden das regulatorische Kapital sowie das regulatorische Eigenmittelerfordernis gemäß Basel III ermittelt. Die Basel-III-Vorgaben werden innerhalb der Europäischen Union (EU) durch die Eigenkapitalrichtlinie Capital Requirements Directive (CRD IV) und die Eigenkapitalverordnung Capital Requirements Regulation (CRR) umgesetzt. Die Landes-Hypothekenbank Steiermark wendet diese Vorgaben an und ermittelt die Kapitalquoten gemäß Basel III auf Basis der nationalen Übergangsbestimmungen, die in der CRR-Begleitverordnung definiert und durch die österreichische Bankenaufsicht veröffentlicht wurden.

Die Eigenmittel gemäß CRR setzen sich aus dem harten Kernkapital (Common Equity Tier 1 – CET 1), dem zusätzlichen Kernkapital (Additional Tier 1 – AT 1) und dem Ergänzungskapital (Tier 2 – T2) zusammen. Zur Ermittlung der Kapitalquoten werden die jeweiligen Kapitalkomponenten nach Berücksichtigung aller regulatorischen Abzugs- bzw. Korrekturposten dem Gesamtrisiko gegenübergestellt.

in T€	30.06.2014
Als hartes Kernkapital anrechenbare Kapitalinstrumente	92.913
Einbehaltene Gewinne	63.304
Sonstige Rücklagen	347
Hartes Kernkapital vor Abzugs- und Korrekturposten	156.564
Abzugs- und Korrekturposten vom harten Kernkapital	-20.835
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	-38
Aufgrund von Abzugs- und Korrekturposten vorzunehmende Anpassungen vom harten Kernkapital	-20.873
Hartes Kernkapital	135.691
Zusätzliches Kernkapital	0
Kernkapital	135.691
Übergangsanpassungen aufgrund von bestandsgeschützten Kapitalinstrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangiger Darlehen	50.748
Aufgrund von Abzugs- und Korrekturposten vorzunehmende Anpassungen	-6.945
Ergänzungskapital	43.803
Anrechenbare Eigenmittel Gesamt	179.494

in T€	30.06.2014
Kreditrisiko	1.526.318
Credit Value Adjustment (CVA)	109.264
Operationelles Risiko	145.150
Gesamtrisiko	1.780.732
Kernkapitalquote (bezogen auf alle Risiken)	7,62%
Eigenmittelquote (bezogen auf alle Risiken)	10,08%

Die anrechenbaren Eigenmittel und das Eigenmittelerfordernis zum 31.12.2013 (nach Basel II) stellten sich wie folgt dar:

in T€	31.12.2013
Tier I - Kapital (Kernkapital)	156.526
BWG - Abzugsposten	-11.597
Anrechenbares Tier I - Kapital (Kernkapital)	144.929
Tier II - Kapital (ergänzende Eigenmittel)	63.630
BWG - Abzugsposten	-11.597
Anrechenbares Tier II - Kapital (ergänzende Eigenmittel)	52.033
Anrechenbare Eigenmittel Gesamt	196.962

in T€	31.12.2013
Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko gemäß Standardansatz	125.339
Eigenmittelerfordernis für das operationelle Risiko	11.614
Eigenmittelerfordernis Gesamt	136.953
Kernkapitalquote	8,47%
Eigenmittelquote	11,51%

11. Rückstellungen

Rückstellungen wurden für Pensionsansprüche, Abfertigungen sowie Sonstiges gebildet.

Pensionsrückstellung

Zum 30.06.2014 gibt es 24 (27) Pensionsempfänger, für die in der Bank direkt vorgesorgt wird, während für 236 (244) Personen Beitragszahlungen an die Pensionskasse (Valida Pension AG) geleistet werden. Der per 30.06.2014 ermittelte Rückstellungsbetrag ist mit T€ 9.128 (9.467) bilanziert.

Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellung

Die Rückstellung für Abfertigungsvorsorgen wird per 30.06.2014 mit einem Bilanzwert von T€ 9.273 (9.088) ausgewiesen, jene für Jubiläumsgelder erreichte zum Berichtsstichtag einen Bilanzwert von T€ 931 (936).

12. Wesentliche sonstige Verbindlichkeiten gemäß § 64 Abs. 1 Z. 12 BWG und § 225 Abs. 5 UGB

in T€	30.06.2014	31.12.2013
Zinsaufwendungen (erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam)	13.138	11.568
Abgaben und Gebühren	1.347	1.436
Verbindlichkeiten gegenüber der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse	585	376
Zahlungsaufträge in Durchführung	32.384	11.975
Lieferantenverbindlichkeiten	3.053	2.804
Wohnbauförderungsdarlehen	203	218
Verbindlichkeiten gegenüber dem HYPO-Verband	449	449

13. Art und Betrag wesentlicher Eventualverbindlichkeiten gemäß § 51 Abs. 13 BWG

Die Haftungen (vor Rückstellungen) betreffen:

in T€	30.06.2014	31.12.2013
Garantien	28.526	20.289
Bürgschaften	17.415	7.673
Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	142.911	174.734

Folgende Vermögensgegenstände sind als Sicherheit für fremde Verbindlichkeiten bestellt:

in T€	30.06.2014	31.12.2013
Schuldtitle öffentlicher Stellen	5.000	16.000
Festverzinsliche Wertpapiere	41.500	62.000
Forderungen an Kunden	96.411	96.734

Über die unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Eventualverpflichtungen hinaus besteht noch eine Verpflichtung aus der gemäß § 93 BWG zur Einlagensicherung vorgeschriebenen Mitgliedschaft bei der „HYPO-Haftungsgesellschaft mbH“.

Die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG ist gemäß § 1 Abs. 5 PfBrStG Mitgliedsinstitut der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken. Gemäß § 2 Abs. 1 PfBrStG haften die Mitgliedsinstitute zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten der Pfandbriefstelle. Weiters haften gemäß § 2 Abs. 2 PfBrStG die Gewährträger der Mitgliedsinstitute zur ungeteilten Hand für alle bis zum 2. April 2003 entstandenen Verbindlichkeiten der Pfandbriefstelle. Für alle nach dem 2. April 2003 bis zum 1. April 2007 entstandenen Verbindlichkeiten haften die Gewährträger zur ungeteilten Hand nur dann, wenn die vereinbarten Laufzeiten nicht über den 30. September 2017 hinausgehen. Für alle nach dem 1. April 2007 entstandenen Verbindlichkeiten besteht keine Haftung der Gewährträger mehr.

14. Art und Betrag wesentlicher Kreditrisiken gemäß § 51 Abs. 14 BWG

Kreditrisiken betreffen noch nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen in Höhe von T€ 355.071 (269.242).

15. Ergänzende Angaben zu Finanzinstrumenten gemäß § 237a Abs. 1 Z. 1 UGB i. V. m. § 64 Abs. 1 Z. 3 BWG

In der Landes-Hypothekenbank Steiermark AG werden Derivate vorwiegend zur Absicherung (Hedging) von Zins- und Wechselkursrisiken von Grundgeschäften der Aktiv- und Passivseite eingesetzt.

Zur Absicherung von Zinsrisiken kommen neben Zinsswaps auch Zinsoptionen (Caps, Floors) und andere derivative Finanzinstrumente (z. B. Forward Rate Agreements) zum Einsatz. Zur Absicherung von Währungsrisiken werden vor allem Cross Currency Swaps und Devisenswaps eingesetzt. Darüber hinaus können allfällige in den Grundgeschäften eingebettete Derivate (z. B. Optionalitäten) mittels gegenläufiger Geschäfte abgesichert werden.

Die Absicherung dieser Risiken erfolgt über Micro-Hedges.

Die zur Absicherung von Zins-, Wechselkurs- und Optionsrisiken abgeschlossenen Finanzgeschäfte umfassen per 30.06.2014 insgesamt ein Volumen von Nominale T€ 5.094.353 (5.852.372). Für die negativen Marktwerte in Höhe von T€ -81.743 (-64.897) wurde im Ausmaß der ineffektiven Anteile eine Rückstellung in Höhe von T€ 200 (200) gebildet. Seit dem ersten Halbjahr 2014 bestehen keine strategischen Positionen mehr (31.12.2013: Nominale T€ 10.000).

15.1. Effektivitätsmessung

Die in der Landes-Hypothekenbank Steiermark AG angewendeten Methoden für den prospektiven Effektivitätstest sind die „Critical Term Match“-Methode sowie die Sensitivitätsanalyse (Basis Point Value). Sowohl bei Micro-Hedges als auch bei Portfolio-Hedges erfolgt zunächst eine Überprüfung, ob ein Critical Term Match (CTM) vorliegt. Sind im Falle eines Micro-Hedges alle Parameter des Grundgeschäfts und des Sicherungsgeschäfts, die das Ausmaß der abgesicherten Wertänderung bestimmen, identisch, aber gegenläufig, so ist dies ein Indikator für eine vollständig effektive Sicherungsbeziehung (vereinfachte Bestimmung der Effektivität). Gemäß den in der Landes-Hypothekenbank Steiermark AG festgelegten Kriterien müssen zur Erfüllung eines Critical Term Match die Parameter Nominalwert, Währung und Fälligkeit bzw. Zinsbindung übereinstimmen.

Ist eine vereinfachte Bestimmung der Effektivität nicht möglich, erfolgt eine Effektivitätsmessung mittels der Sensitivitätsanalyse. Für die prospektive Messung wird ein Parallelshift der Swapkurve um 100 Basispunkte durchgeführt und die barwertige Veränderung von Grundgeschäft zu derivativem Sicherungsinstrument gemessen. Der Barwertberechnung wird die zero-coupon-curve zugrunde gelegt, welche aus Swapsätzen kalibriert wird.

In der Folge wird zu jedem Berichtsstichtag ermittelt, ob die Sicherungsbeziehung tatsächlich vollständig oder weitgehend effektiv war (retrospektiver Effektivitätstest). Der retrospektive Nachweis der Effektivität der Sicherungsbeziehung erfolgt durch laufende Überprüfung der CTM-Kriterien bzw. anhand eines Vergleichs der Änderungen der fair values von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument („Dollar Offset“-Methode). Insbesondere werden bei dieser Methode die „fair value“-Änderungen von gesicherten Grundgeschäften und die fair value Änderung der Sicherungsinstrumente in Verhältnis zueinander gesetzt.

Liegt das Ergebnis der Effektivitätsmessung zwischen 80 % und 125 % gilt die Sicherungsbeziehung als effektiv, jedoch wird für den ineffektiven Anteil eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet.

Ist eine Sicherungsbeziehung insgesamt nicht mehr effektiv, wird die Bewertungseinheit ab dem Zeitpunkt des Eintritts der Ineffektivität aufgelöst. Derivat und Grundgeschäft werden dann einzeln nach den jeweils anwendbaren Bestimmungen so bilanziert, als ob es nie eine Bewertungseinheit gegeben hätte. Dies gilt auch, wenn die Sicherungsbeziehung durch Ablauf, Veräußerung oder Tilgung beendet wird.

15.2. Credit Value Adjustment

Im Berichtsjahr wurde das Risiko des vorzeitigen Ausfalls der Gegenpartei (CVA, Credit Value Adjustments, Kontrahentenrisiko) berücksichtigt. Grundsätzlich hat dessen Berücksichtigung nur dann eine Auswirkung, wenn dadurch negative Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten erhöht oder vermindert werden.

Aus der Berücksichtigung des CVA für Derivate des Bankbuchs werden in der GuV-Position 11. / 12. „Ertrags- / Aufwandssaldo aus der Veräußerung und der Bewertung von Forderungen und Wertpapieren“ T€ 623 (30.06.2013: T€ 0) ausgewiesen.

Unter Berücksichtigung des FMA-Rundschreibens zu Rechnungslegungsfragen bei Zinssteuerungsderivaten und zu Bewertungsanpassungen bei Derivaten gemäß § 57 BWG vom Dezember 2012, Rz 58, wurde das eigene Ausfallrisiko (DVA, Debit Value Adjustments) aus Gründen der Vorsicht generell nicht berücksichtigt.

16. Verfügungsbeschränkungen für Vermögensgegenstände gemäß § 64 Abs. 1 Z. 8 BWG

in T€	30.06.2014	31.12.2013
Aufstellung der als Sicherheit gestellten Vermögensgegenstände		
Deckungsstock für Mündelgelder	2.300	3.300
Deckungsstock gemäß Pfandbriefgesetz	595.629	664.603
Abwicklungssicherheit Central Counterparty Austria (CCP.A)	0	200
Verpfändung von Kundenforderungen	918	987
Bestellung von Wertpapieren als Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	46.500	78.000
Bestellung von Forderungen an Kunden als Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	96.411	96.734

Im Passivposten 2 „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind Mündelgeld-Spareinlagen in Höhe von T€ 1.956 (1.870) enthalten.

Deckungsstock gemäß Pfandbriefgesetz

in T€		Deckungs- werte	verbriefte Verbind- lichkeiten	Über-/Unter- deckung (+/-)	Ersatz- deckung
Eigene Pfandbriefe	30.06.2014	285.443	105.000	180.443	0
	31.12.2013	236.317	118.500	117.817	0
Eigene Kommunalschuldverschreibungen und öffentliche Pfandbriefe	30.06.2014	291.707	204.000	87.707	0
	31.12.2013	409.846	204.000	205.846	0
Gesamt	30.06.2014	577.151	309.000	268.151	0
	31.12.2013	646.163	322.500	323.663	0
2% sichernde Überdeckung gemäß § 2 Abs. 1 Pfandbriefgesetz	30.06.2014		6.180	-6.180	18.478
	31.12.2013		6.450	-6.450	18.440
Deckungsstock	30.06.2014	577.151			18.478
	31.12.2013	646.163			18.440

Zum Berichtsstichtag bestehen wie im Vorjahr keine Treuhandgeschäfte.

17. In Pension gegebene Vermögensgegenstände gemäß § 50 Abs. 4 BWG

Im Umlaufvermögen befinden sich – so wie im Vorjahr – keine Wertpapiere, die zum Berichtsstichtag in Pension gegeben sind.

18. Vermögensgegenstände nachrangiger Art gemäß § 45 Abs. 2 BWG

in T€	30.06.2014	31.12.2013
Verbundene Unternehmen		
Forderungen an Kunden (Akt. 4)	5.251	5.325
Ergänzungskapital (Akt. 6)	619	461

D. Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Die Posten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung werden im Halbjahreslagebericht 2014 erläutert.

E. Weitere Angaben

1. Angaben über Arbeitnehmer gemäß § 239 Abs. 1 Z. 1 UGB

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer	30.06.2014	31.12.2013
Angestellte	225	235
Arbeiter	1	1

Per 30.06.2014 wurden 89 (79) ArbeitnehmerInnen an die Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG überlassen.

2. Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen gemäß § 237 Z. 8b UGB

Alle Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen oder Personen sind unwesentlich bzw. zu marktüblichen Konditionen geschlossen und daher nicht im Rahmen des § 237 Z. 8b UGB anzugeben.

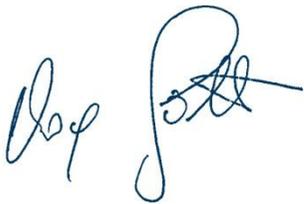
3. Angaben zum Mutterunternehmen und zur Einbeziehung in einen Konzernabschluss gemäß § 237 Z. 12 UGB

Die Bank steht mit der RLB-Stmk Verbund eGen, Graz, und deren verbundenen Unternehmen in einem Konzernverhältnis. Die Bank wird in den Konzernabschluss der RLB-Stmk Verbund eGen einbezogen und gehört somit deren Vollkonsolidierungskreis an. Weiters wird die Gesellschaft in den Konzernabschluss der Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG, Graz, als Unternehmen, das für den kleinsten Kreis von Unternehmen einen Konzernabschluss erstellt, einbezogen. Die Konzernabschlüsse sind am Firmensitz der RLB-Stmk Verbund eGen, Graz bzw. der Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG hinterlegt. Die Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesellschaft stellt keinen Teilkonzernabschluss nach österreichischem Recht auf, da sie die Bestimmungen des § 245 Abs. 1 UGB in Anspruch nimmt.

Erklärung der gesetzlichen Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte verkürzte Zwischenabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und dass der Halbjahreslagebericht ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens bezüglich der wichtigen Ereignisse während der ersten sechs Monate des Geschäftsjahres und ihrer Auswirkungen auf den verkürzten Zwischenabschluss, bezüglich der wesentlichen Risiken und Ungewissheiten in den restlichen sechs Monaten des Geschäftsjahres vermittelt. Der Halbjahresfinanzbericht wurde weder einer vollständigen Prüfung noch einer prüferischen Durchsicht durch einen Abschlussprüfer unterzogen.

Graz, am 20. August 2014



Gen.-Dir. Mag. Martin Gölles
Vorsitzender des Vorstandes

mit Verantwortung für Koordination und Stabstellen,
Beteiligungen, Marktfolge, Risiko und Betrieb



Vst.-Dir. Bernhard Türk
Vorstandsdirektor

mit Verantwortung für Filialen, Privatkunden,
Institutionelle, Immobilienprojekte und Firmen-
kunden

